

Motion Martina Dvoracek (GB): Agglomerationsstrategie Bern: Information und Stärkung der regionalen Sichtweise auch im Wohn- und Siedlungsbereich

Eine verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden in der Region Bern findet bereits auf verschiedenen Ebenen statt, wie die Beispiele der regionalen Kulturkonferenz, sozialpolitische Initiativen wie Kita-Angebote, Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus, Projekt GGGFon, die Erarbeitung der Mobilitätsstrategie für die Region Bern oder die Diskussion rund um die Entwicklung eines Regionalrates zeigen. Eine regionale und gesamthafte Sichtweise ist indes auch im Bereich „Wohnen“ unerlässlich. Der Wettbewerb um die guten und besten SteuerzahlerInnen mit der Bereitstellung besonders attraktiver Wohnzonen in jeder Gemeinde, die wiederum häufig teure Infrastrukturkosten nach sich ziehen, bedarf einer intensiven Auseinandersetzung um die regionale Siedlungsentwicklung. Die fiskalische Konkurrenz der Gemeinden beeinflusst die Bodenpreise und ist deshalb spekulationsanfällig. Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in der Region ist die Grundlage und die räumliche Dimension des Ziels „Nachhaltiges Wohnen“. Eine enge Verknüpfung besteht auch zur Verkehrsentwicklung und zur regionalen Wirtschaftspolitik.

Auch der Verein Region Bern – mit Beteiligung von VertreterInnen der Stadt Bern – hat die Bedeutung einer strategischen und gemeinsamen Herangehensweise erkannt und arbeitet zur Zeit im Rahmen des regionalen Richtplans an einer breit abgestützten regionalen Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. dem Stadtrat darzulegen, welche inhaltliche Position er in diesem Prozess einnimmt und wie er den Stadtrat einzubeziehen gedenkt;
2. zusammen mit dem VRB ein Konzept für eine regionale Siedlungsstrategie vorzulegen, welches zeitlich und räumlich eine ausgeglichene Wohnbauentwicklung zum Ziel hat;
3. den Stadtrat regelmässig über die Arbeiten an dieser regionalen Siedlungsstrategie schriftlich zu informieren.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 26. Februar 2004

Motion Martina Dvoracek (GB), Michael Jordi, Catherine Weber, Natalie Imboden, Doris Schneider, Daniele Jenni, Simon Röthlisberger, Erik Mozsa

Antwort des Gemeinderats

Beim vorliegenden Vorstoss handelt es sich um eine Motion in der Zuständigkeit des Gemeinderats. Sollte sie vom Stadtrat überwiesen werden, so käme ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Punkt 1 der Motion verlangt zudem lediglich eine Auskunft, hat somit eher den Charakter einer Interpellation.

Der Gemeinderat hat sich zum hohen Stellenwert, den er der Agglomerationspolitik beimisst, in seinem Bericht an den Stadtrat, der vom Stadtrat am 1. Juli 2004 mit 61 zu 2 Stimmen bei

5 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist, ausführlich geäußert. Er hat darin auch aufgezeigt, dass der Erfolg der Agglomerationsstrategie nicht nur von der Stadt Bern abhängt, sondern von einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren und nicht zuletzt von den Stimmberechtigten in der Agglomeration Bern oder im ganzen Kanton.

Der Gemeinderat stimmt mit den Motionärinnen und Motionären überein, dass auch im Bereich Wohnen eine ganzheitliche Betrachtungsweise Sinn macht. Er befürwortet eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ebenso wie eine nachhaltige Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. Dabei legt er das Schwergewicht im Gegensatz zu den Motionärinnen und Motionären jedoch nicht auf die Regionalisierung, sondern auf die Agglomerationsstrategie des Vereins Region Bern (VRB).

In seinem Bericht zur Agglomerationsstrategie hat der Gemeinderat ausgeführt, dass nicht alle Handlungsfelder gleichzeitig angegangen werden können. Es ist auf den bereits bewährten Strukturen aufzubauen. Ein schrittweises Vorgehen verspricht mehr Erfolg als eine Strategie, die alle Politikfelder sofort von der Ebene der Gemeinden auf diejenige der Agglomeration heben will. Dazu kommt, dass eine nachhaltige Siedlungsentwicklung innerhalb der Agglomeration nur eine Mehrheit der Gemeinden und der Stimmberechtigten auf sich vereinigen können, wenn diejenigen Gemeinden, die zugunsten der nachhaltigen Entwicklung auf Wachstum verzichten müssen, Anspruch auf einen angemessenen Ausgleich zugestanden wird. Die Verhandlungen um die Abgeltung der Zentrumslasten zeigt, wie komplex solche Entwicklungen sein können, aber auch, wie sie erfolgreich gesteuert werden können.

Zu Ziffer 1:

Der Gemeinderat hat bereits im November 2003 einen Kredit von Fr. 90 000.00 gesprochen als Stadtbeitrag an die Ideenkonkurrenz des VRB. Das Projekt hat zum Ziel, in einem Bild darzustellen, wie die Region Bern in etwa 30 Jahren aussehen soll, um daran künftig die regionale und kommunale Planung der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung auszurichten. Die Ergebnisse der Ideenkonkurrenz sollen die Grundlage für den 3. Teil des regionalen Richtplans, für die Mitsprache der Bevölkerung sowie für die planerische Arbeit der Gemeinden darstellen. Mit einer öffentlichen Ausschreibung sollen vier unabhängige Teams für die Teilnahme an einer Ideenkonkurrenz ausgewählt werden. Das Projekt soll zur Hälfte von den VRB-Gemeinden, zur andern Hälfte vom Kanton finanziert werden. Es hat sich verzögert, weil der Kanton nachträglich Änderungen anbringen wollte. Mit der öffentlichen Ausschreibung ist im November 2004 zu rechnen. Der Gemeinderat unterstützt das Projekt in jeder Hinsicht. Der Einbezug des Stadtrats kann auf zwei Arten erfolgen: Einerseits durch die regelmässige Berichterstattung über die Agglomerationspolitik, die der Stadtrat am 1. Juli 2004 auf Antrag der Budget- und Aufsichtskommission (BAK) beschlossen hat, andererseits ist von Seiten des VRB eine breite Vernehmlassung geplant. Je nach Verfahren, das der VRB für diese Vernehmlassung wählt, ist z.B. eine Diskussion in der vom Stadtrat beschlossenen nicht ständigen Agglomerationskommission denkbar, bevor sich der Gemeinderat gegenüber dem VRB vernehmen lässt.

Zu Ziffer 2:

Der Gemeinderat unterstützt die Ideenkonkurrenz des VRB, die eine sinnvolle Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung zum Ziel hat. Führt die Ideenkonkurrenz zum Ziel, so wird eine regionale Siedlungsstrategie vorgestellt werden, zu der sich die Stadt äussern können. Der Gemeinderat ist weder in der Lage noch legitimiert, ein anderes Konzept für eine regionale Siedlungsstrategie vorzulegen als dasjenige, das im Zuge der Ideenkonkurrenz entstehen wird. Der Gemeinderat geht davon aus, dass dies auch die Absicht der Motionärinnen

und Motionäre ist und mit der Aufforderung an den Gemeinderat die Arbeiten des VRB unterstützt werden sollen.

Zu Ziffer 3:

Der Gemeinderat ist gerne bereit, regelmässig über die Arbeiten an der Ideenkonkurrenz des VRB mündlich oder schriftlich zu orientieren. Er schlägt jedoch vor, dass dies im Rahmen der vom Stadtrat am 1. Juli 2004 beschlossenen Berichterstattung über die Agglomerationspolitik erfolgt und nicht losgelöst von den andern agglomerationsrelevanten Themen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen,

Bern, 25. August 2004

Der Gemeinderat